

## Die Entwicklung der Demokratie – Legitimationsverlust und Reformbedarf?

### - *Thesenpapier* -

1. Mit politischer Partizipation sind in der Demokratie normative Erwartungen *gerechter und gleicher Berücksichtigung* bürgerschaftlicher Interessen und Bedürfnisse untrennbar verbunden. Insofern ist bürgerschaftliche Partizipation ein politisches und soziales Daseinsgrundbedürfnis in der Demokratie.
2. Der Wandel bevorzugter Partizipationsformen – von organisierter und „konventioneller“ hin zu themenorientierter und „unkonventioneller“ Beteiligung – trägt mit dazu bei, dass das Begehren nach mehr direkter Demokratie hohen Zuspruch in der Bevölkerung erfährt.
3. Dass erweiterte Möglichkeiten volksunmittelbarer Beteiligung der Demokratie in Deutschland mehr Legitimation zuführen werden und Politik gerechter machen können, ist ungewiss, ja sogar fraglich. Gegen eine solche Annahme sprechen sowohl theoretische Überlegungen als auch empirische Befunde.
4. Theoretisch ist es falsch, Demokratie mit aktiver Partizipation schlicht gleichzusetzen. Außer *Teilnahme* gehört zur Demokratie ebenso *Teilhabe*. Letztere meint im Kern, dass die Bürgerinnen und Bürger an der staatlich gewährleisteten Bereitstellung („Allokation“) öffentlicher Güter gerecht und angemessen teilhaben (wollen). Gerade in Deutschland ist eine derartige politische „Teilhabe-kultur“ seit je her besonders stark ausgeprägt.
5. Empirisch lässt sich gegen eine Aufwertung der Instrumente direkter Demokratie anführen, dass formal gleiche *Zugangschancen* nicht automatisch gleiche *Berücksichtigungschancen* bedeuten. Es lässt sich nämlich nachweisen, dass sich sowohl im Feld „unkonventioneller“ Partizipation als auch bei Volksbegehren und Volksentscheiden nicht vermehrt sozial schwache und benachteiligte, sondern überdurchschnittlich viele höher gebildete und besser verdienende Personen engagieren.

6. Solche Effekte sozialer Verzerrung dürften die Legitimationsbasis der demokratischen Ordnung schwerlich steigern, sondern eher die Tendenz zu einer politischen Zwei-Klassen-Gesellschaft verstärken.
  
7. Die sozialen Verzerrungseffekte treten bei allgemeinen Wahlen nur vergleichsweise gering auf. Zu erwägen ist daher, institutionelle Reformen für mehr Partizipation hier anzusetzen, um die Wahlbeteiligung wieder zu erhöhen, beispielsweise durch Einführung einer Wahlpflicht.